

Thorner Zeitung.



Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends mit Ausnahme des Montags.
Als Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt“

Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Bei Abholung aus der Expedition und den Depots 1,50 Mark. Bei Zusendung frei ins Haus in Thorn Vorstädtie M oder und Podgorz, 2 Mark. Bei sämtlichen Postanstalten des deutschen Reiches (ohne Bestellgeld) 1,50 Mark.

Begründet 1760.

Redaktion und Expedition Bäckerstr. 39.

Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Anzeigen-Preis:
Die gespaltene Seite über deren Raum 10 Pfennig.

Annahme bei der Expedition und in der Buchhandlung Walter Lambeck, Fernsprech-Anschluß Nr. 81, bis zwei Uhr Mittags.

Auswärts bei allen Annonen-Expeditionen.

Ar. 291.

Donnerstag, den 13. Dezember

1894.

Der Zusammenstoß.

(Nachdruck verboten.)

Reich an wichtigen politischen Überraschungen war der letzte Herbst; ein Ereignis folgte dem anderen, von welchen keins bei einem normalen Lauf der Dinge hätte erwartet werden können. Als der Kanzlerwechsel vollzogen war, rieth alle Welt darauf hin, welchen Charakter das neue Ministerium Hohenlohe haben würde. Wenn die neue Umsurzvorlage noch nicht die erforderliche Klärung ergeben hat, so ist sie nun erbracht durch den vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe im Reichstage eingebrachten und von ihm vertretenen Antrag des Berliner Staatsanwalts, gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung zu gestellen, weil derselbe während der Reichstagsitzung vom 6. Dezember sitzen blieb, als das Hoch auf den Kaiser vom Präsidenten von Levetzow ausgebracht wurde. Die Strafverfolgung soll denn auch noch auf die übrigen im Sitzungssaale anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten ausgedehnt werden, welche dem Verhalten Liebknechts beitragen. Ein solcher Antrag ist dem Reichstag noch nie unterbreitet, wie denn auch eine solche Demonstration noch nicht vorgenommen. Das Einbringen dieses Antrages beweist, daß die Reichsregierung, wie das preußische Staatsministerium aus dem Vorfall sofort die äußersten Konsequenzen ziehen, es zeigt auch, was dem Reichstage bevorsteht, wenn keine Annahme der Umsurzvorlage erfolgt. Das innerpolitische Programm des Fürsten Hohenlohe ist: Aufgabe der abwartenden Haltung der Staatsgewalt gegenüber der Sozialdemokratie und Uebergehen zum Angriff. Der Kampf ist erörtert und er wird schwer werden. Friedliche Stille wird nicht eben viel über den Sitzungen des Reichstages im neuen Heim walten.

Im Reichstage bestand bisher wohl allgemein die Annahme, daß kein Abgeordneter wegen seines Verhaltens in einer Reichstagsverhandlung strafrechtlich oder zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könne. Denn § 30 der Reichsverfassung lautet: „Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gehaltenen Neuherungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“ Die Reichsregierung und preußische Regierung lassen ihren Standpunkt nun dahin, daß das Sitzenbleiben bei dem Hoch auf den Kaiser, welches eine beabsichtigte Majestätsbeleidigung darstelle, nicht von diesem § 30 geschützt werde, sondern eben nur Reichstagsreden und Abstimmungen. Die Regierung erwartet auch die Annahme ihres Antrages, denn in einer offiziellen Kundgebung von dieser Stelle heißt es: „Dass der Reichstag die verfassungsmäßig nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung dieser Verfolgung während der Session nicht versagen wird, dürfte im ganzen Lande erwartet werden, wo man eine Hinausschiebung des strafrechtlichen Einschreitens nicht verstehen würde. Hat der Reichstag als Vertretung der Nation doch selbst das größte Interesse daran, Alles dasjenige zu schützen, was dem Volke heilig ist und zu bekämpfen, was des Volkes Empfinden verletzt.“ Ob diese Erwartung sich erfüllt, erscheint doch recht zweifelhaft; denn in Zeitungen der Kartellparteien selbst wird die Ansicht vertreten, der § 30 schütze das gesammte Verhalten eines Reichstagsabgeordneten im Parlament, und die konservative „Kreuzzeitung“ bezweifelt ebenfalls die Bildung einer

Mehrheit für den Antrag. Wird der Antrag abgelehnt, so steht es bei Schluss oder Auflösung des Reichstages der Staatsanwaltschaft frei, dann gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten die Entscheidung der Gerichte einzuholen. Das Reichsgericht hat in letzter Instanz schon einmal entschieden, daß ein Sitzenbleiben bei einem Hoch auf den Kaiser eine Majestätsbeleidigung in sich schließe, während mehrere Verteidiger eine andere Auffassung vertraten. Weiter wird das Gericht definitiv die Frage zu lösen haben, ob ein Verhalten, wie das der sozialistischen Abgeordneten, außerhalb des Schutzes des § 30 der Verfassung steht. Reichstag wie Reichsregierung, dürfen darin übereinstimmen, daß es am besten ist, baldmöglichst die Abstimmung über den Reichstag herbeizuführen.

Wenn je der Reichstag eine stürmische Sitzung erlebt, so dürfte diejenige eine solche werden, in welcher der Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft verhandelt wird. Die Geister sind zum Aufruhr gerüstet, und so wird es denn an einer energischen Auseinandersetzung nicht fehlen. Geht der Staatsanwaltsantrag bei seiner bevorstehenden Verathung durch, stimmt der Reichstag der strafrechtlichen Verfolgung der Abg. Liebknecht und Genossen wegen Majestätsbeleidigung zu, dann ist auch die Annahme der Umsurzvorlage ohne Weiteres gesichert, im anderen Falle mag bei dem sich unter Nationalliberalen und Freikonservativen geltend machenden Bestreben, die Bestimmungen der Umsurzvorlage zu verschärfen, es leicht dahin kommen, daß gar nichts erzielt wird, und dann ist die Reichstagsauflösung besiegelt. Wenn kommt nicht der Gedanke angesichts des raschen und entscheidenden Vorgehens des Reichskanzlers und des preußischen Staatsministeriums, daß beide Theile der unhaltbaren Verhältnisse im Reichstage müde sind, und nach Erneuerung und Klarstellung drängen. Zu positivem Schaffen im Geiste ihrer Politik kann die Reichsregierung mit diesem Reichstage für die Dauer doch nicht kommen, der gordische Knoten ist da und für den giebt es als Lösung eben nur das Zerhauen. Wer weiß, ob nicht der heutige Reichstag zu seinen Vätern versammelt ist, bevor nur die letzten Gaben vom Weihnachtstische verschwunden sind.

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Dezember.

Sr. Majestät der Kaiser ist am Montag Nachmittag in Hannover eingetroffen und wohnte Abends nach einem Diner im lgl. Schlosse, an welchem die Spitäler der Zivil- und Militärbehörden teilnahmen, der Festvorstellung im Hoftheater bei. Am Dienstag Vormittag hörte der Monarch Vorträge und nahm hierauf auf dem Waterloo-Platz die Parade über die in Hannover garnisonirenden Truppenteile ab. Es fand ein zweimaliger Vorbeimarsch statt. Der Kaiser wurde von einer zahlreichen Menschenmenge stürmisch begrüßt. Später trug der Männer-Gesangverein im Schlosse Lieder vor. Mittags nahm der Kaiser im Kreise des Offizierkorps des Königs-Ulanenregiments das Diner ein und besuchte Abends das lgl. Hoftheater. — Der Kaiser wird am 16. d. M. Abends in Neugattersleben bei dem Schloßhauptmann v. Alvensleben zur Jagd eintreffen; am 18. Vormittags trifft der Monarch in Barby ein, um beim Amtsraath v. Diez dem Waldwerk obzuliegen. Die Rückreise nach Potsdam erfolgt am Abend desselben Tages.

Die Kaiserin beabsichtigte, heute (Mittwoch) zur Kirchenweihe in Luckenwalde einzutreffen, hat diese Absicht aber aufge-

geben und mit ihrer Vertretung Prinzessin Friedrich Leopold betraut.

Die Dienstagsrede des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe im Reichstage ist allgemein als politisches Fundamentsprogramm aufgefaßt. Was Fürst Hohenlohe will, lässt sich also in kurzen Worten zusammenstellen: Er hält im Reihe eine Finanzreform für geboten, ist für eine Förderung der Kolonialpolitik, erachtet eine Ruhshilfe für die Landwirtschaft für geboten, vertritt bestimmt das neue Umsurzgesetz und wünscht zur Abwehr der sozialen Gefahren ein kräftiges Zusammenwirken der staatlichen und kirchlichen Gewalten. Viele andere wichtige Punkte sind nicht erwähnt, andere zu wenig detailliert gehalten, aber man erkennt doch den Grundcharakter der Hohenlohe'schen Politik, und was heute noch verschwiegen wird, wird später laut werden. Daß Fürst Hohenlohe kein Gegner einer Reichstagsauflösung ist, geht aus einer Bemerkung des Herrn v. Bötticher hervor, das preußische Ministerium habe mit der Frage der Reichstagsauflösung sich beschäftigt.

Wie am Dienstag im Reichstage verlautete, ist die Mehrheit der Geschäftsausordnungskommission, welcher der Antrag gegen Liebknecht zur schleunigen Berichterstattung überwiesen worden ist, gegen denselben.

Der Seniorennkonvent des Reichstags beschäftigt sich heute vorübergehend mit dem Antrage auf strafrechtliche Verfolgung der sozialistischen Abgeordneten, ohne daß ein Beschluss gefasst worden wäre.

Die poln. Reichstagsfraktion hat den Fürsten Ferdinand Radzwill zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Wie nach dem „Hann. Kur.“ verlautet, ist der Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettkampf, von dem die Thronrede dahingestellt sein ließ, ob er noch in dieser Session beim Reichstag eingeführt werden könnte, jetzt soweit vorbereitet, daß seine Fertigstellung bald beendet sein werde.

In landwirtschaftlichen Kreisen erzählt man, daß bei der Jagd in Liebenberg, derselben, die mit der Entlassung des Reichskanzlers Grafen Caprivi zusammenfiel, ein uckermärkischer Landwirt die Gelegenheit wahrnahm, dem Kaiser die Lage der deutschen Landwirtschaft ausführlich darzustellen. Die Unterredung soll einen tiefen Eindruck auf den Kaiser gemacht haben.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein hat das ihm angebrachte Ehrenpräsidium des neu gegründeten landwirtschaftlichen Vereins für Noritrup-Lorten, Suistrup, Drachhorn und Kettentlamp „mit herzlichem Dank“ angenommen.

Eine Durchsuchung nach sozialdemokratischen Schriften ist, wie erst jetzt bekannt wird, am 30. v. M. in der Kaserne des 1. Eisenbahnregiments in Schöneberg bei Berlin vorgenommen worden. Dieselbe dauerte 5 Stunden und hatte das Ergebnis, daß bei einem Soldaten sozialdemokratische Schriften gefunden wurden. Sie waren ihm Tags zuvor von einem in der Kaserne beschäftigten Bauhandwerker überlassen worden.

Unfallverletzte, die in Folge des Unfalls Invalidenrente beantragen, steht nach einer soeben ergangenen grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts die Invalidenrente nicht wie die Unfallrente, vom Beginn der 14. Woche nach dem Unfall zu, sondern bereits für die ersten 13 Wochen, eventuell also vom Unfalltag ab, falls an diesem der Zustand dauernder Nichterwerbsfähigkeit im Sinne des Invaliditäts- und Alters-

festlagen, zog er die Vorhänge zu und überließ die Kranken ihrer Schlafneigung.

„Sie werden das Bedürfnis haben, sich auszusprechen, Herr Graf. Wir können das im Nebenzimmer, ohne die Schlummernde zu stören.“ Er berührte die Schulter des Alten, der auch sofort aufstand und, sich langsam an der Wand fortlaufend, dem Arzte folgte. In dem Empfangszimmer ließ er sich sofort wieder in einen Sessel fallen, stützte die Ellenbogen auf seine Knie und vergrub das Gesicht in beide Händen. Einige Sekunden verharrete Fred schwiegend. Er mustete gewaltsam das Bild des Mädchens aus seiner Seele verdrängen, denn wenn er sie sich vergegenwärtigte in ihrer hilflosen Schönheit, an Leib und Seele — wie er annahm — verdorben durch diesen greisen Schurken, der da vor ihm lauerte, dann zuckte es ihm in den Händen, eine der schweren bronzenen Lampen zu erfassen und den niedergebeuteten Schädel zu zerstören.

„Es ist nicht meines Amtes, Herr Graf,“ begann er darauf mit trocken, tiefer Stimme, „Ihnen verbrecherischen Absichten nachzuspüren. Das ist Sache der zuständigen Behörden, denen ich die Angelegenheit zu unterbreiten habe. Ich habe auch kein Recht, von Ihnen Aufklärung zu verlangen, durch welche Mittel Sie jenes beklagenswerthe Mädchen in Ihre Gewalt gebracht haben, es wird sich das später herausstellen. Ich will dafür sorgen, daß nichts verborgen bleibt, verlassen Sie sich darauf —“

Der Graf riebte den Kopf auf. „Das werden Sie nicht“, murmelte er in sich hinein. „Sie werden das vermeiden, wenn Sie der Familie nahestehen.“

„Also darauf bauen Sie, würdiger Mann“, höhnte Fred mit unzähliger Verachtung. „Sie glauben, daß die Furcht vor einem Skandal mich davon abhalten werde, Ihr ruchloses Treiben zu enthüllen. Recht so, das ist das Calcul aller Gauner und Wüstlinge höherer Ordnung. In diesem Falle aber irren Sie sich. Unserer Abrechnung steht nichts im Wege als höchstens der Ekel, mich mit Ihnen besessen zu müssen. Und den werde ich überwinden“.

Die Niobiden.

Roman von L. Szafranski.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck verboten.

(27. Fortsetzung.)

„Ich möchte die junge Dame nicht mit Fragen peinigen, muß aber doch ein paar Worte von ihr sprechen hören, um ihren Zustand mit einiger Sicherheit beurtheilen zu können. Ich bitte Sie, an Ihre — Tochter eine beliebige harmlose Frage zu richten. Vielleicht erzielen Sie eine Antwort.“

Der Graf räusperte sich und fragte leise und angelegentlich: „Liebe sich das nicht bis morgen verschieben? Ich bemerkte Ihnen bereits, daß die Wahngabeide meiner Tochter namentlich mich zum Gegenstand haben und ich fürchte, daß ihr heutiger Zustand —“

„Wir haben beide, Herr Graf, noch keine hinreichende Unterlage, um diesen Zustand zu beurtheilen. Dieselbe soll doch erst gegeben werden,“ bemerkte Fred mit unvorsichtiger Schärfe.

Der Andere überhörte dieselbe. Selbstvorwürfe und unklare Befürchtungen beschäftigten ihn, die sich alle um die Person dieses jungen Mannes drehten. Er bemühte sich vergeblich, ihnen eine feste Gestalt zu geben, den Umfang der Mitwissenschaft, die Absichten des Arztes zu durchschauen. Denn daß dieser mehr wußte, als ihm, dem Grafen, lieb war, sagten ihm seine, in tausend Gefahren geschärften sensiblen Instinkte. So unent- schlossen und ungedeckt, hatte ihn noch niemals eine heikle Situation überrascht. Die ohnmächtige Wuth darüber verführte ihn schließlich zu der Praxis aller in eine Sackgasse gerathenen intriguanten Naturen, nur auf die Rettung des Momentes bedacht zu sein, mit der vagen Hoffnung im Hintergrunde, daß das Weitere sich später finden werde.

Er raffte sich auf und trat an das Lager der Kranken. Ehe er jedoch noch ein Wort herausgebracht, ließ diese einen angstvollen Schrei aus und streckte ihm beide Hände abwehrend entgegen.

„Hinweg! — O schützen Sie mich, ich bitte Sie! Nehmen Sie mich fort von hier. Bringen Sie mich zu meiner Mutter, zu meiner Mutter — ach!“

Fred hatte den Grafen zurückgestoßen und als er sich dann beruhigend über die Krante neigte, hatte sie seinen Hals umklammert und die letzten Worte mit angstvollem Flehen an ihn gerichtet. Gleich darauf wurden ihre Arme schlaff und die Krante verfiel in eine tiefe Ohnmacht.

„Ich sagte es Ihnen —“ zischte der Graf in kaum noch zurückgehaltenem Grimm.

„Sehr wohl“, erwiderte Fred mit einer unter den vorliegenden Umständen gerade fürchterlichen Ruhe, „dafür bin ich in der Lage, Ihnen eine Mittheilung zu machen, die Sie für den ausgestandenen Schreck entschädigen wird. Die junge Dame ist geistig vollkommen gesund.“

„Das ist nicht wahr, Herr“ leuchtete der Graf, die wuthfunkelnden Augen mit dem Ausdruck eines Raubthieres auf den Arzt gerichtet.

„So wahr, als dieses Mädchen nicht Ihre Tochter, sondern eine unglückliche ist, die Sie ihrer Mutter entführten.“

Der Graf lachte gelöst auf. „Eine Unglückliche, entführt! Hahah! Sehe ich aus, — Herr, — als ob ich Romanmädchen trieb?“

„Gewiß nicht“, erwiderte der Arzt, indem er ganz nahe an den Alten herantrat, „Hallunken treiben dergleichen selten, — bitte“, er stieß den auf ihn Eindringenden zurück, so daß dieser auf einen Sessel taumelte, „namentlich dann nicht, wenn sie auf dem kürzesten Wege ins Buchhaus sich befinden.“ Ein Blick auf die Krante belehrte Fred, daß sie aus ihrer Ohnmacht erwacht war, ohne sich um den, auf seinem Sitz völlig zusammengebrochenen Grafen zu kümmern, fühlte er den Puls des Mädchens. Derselbe gab zu Befürchten keinen Anlaß, und sonderbarerweise blieben auch ihre Wangen gerötet. Das war rätselhaft. Aber da Temperatur und Atem nichts Abnormes zeigten und die Verbände

versicherungsgesetzes eingetreten war. Die Zahlung des Krankengeldes während der ersten 13 Wochen hindert den gleichzeitigen Bezug der vollen Invalidenrente nicht.

Neuerdings wird von verschiedenen Seiten auf die Möglichkeit einer Konversion der 4 proz. Anleihen hingewiesen und behauptet, daß man sich in offiziellen Kreisen mit obiger Frage beschäftige. Nach den Informationen der "Post" steht die Angelegenheit genau so wie vor Monaten und ist die Frage neuerdings weder angeregt, noch an irgend einer Stelle besprochen.

Nach einem Gericht — das allerdings der Bestätigung bedarf — verlautet, daß der bisherige Landwirtschaftsminister v. Heyden nach seinem Rücktritt aus dem Ministerium dem Bunde der Landwirthe als Mitglied beigetreten sei.

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den unter Verdacht des Meineides verhafteten antisemit. Abg. Leuß ist definitiv auf den 14. und 15. d. M. angelegt.

Im Anschluß an die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung der sichtbaren Explosion auf dem erstklassigen Panzerschiff "Brandenburg" am 16. Februar d. J. ergingen verschiedene Neuerungen betreffs der Probe- und Abnahmefahrten neuer Fahrzeuge der Marine. Neuerdings hat das Marineamt mehrere Verfassungen erlassen, die sich auf die Prüfung der maschinellen Anlagen der auf den Werften erbauten Kriegsschiffe beziehen. Danach sollen vor den bestimmungsmäßigen Probefahrten noch Vorproben durch das Werftpersonal selbst stattfinden.

Offiziell wird angekündigt, daß der Entwurf betr. Reform der preuß. Seemarlagsgesetzgebung bereits so weit gefördert ist, daß er dem Staatsministerium vorliegt und schon der nächsten Landtagssession zugehen wird.

Nach der neuesten Bestimmung bleibt das Marmopala in Potsdam für den Kronprinzen reserviert, bis derselbe einen eigenen Hofstaat erhält. — Mehrere nationalib. Abgeordnete haben im Reichstage einen Antrag auf Aufhebung bez. Kündigung des Meistbegünstigungsvertrages mit Argentinien wegen dessen übermäßigen Weizenausfuhr nach Deutschland eingebracht. — Freitag Mittag findet in der Singakademie eine wehervolle Gedächtnissfeier für Herren v. Helmholz statt, welcher das Kaiserpaar und die Kaiserin Friedrich beiwohnen werden.

Halbamtlich wird mitgetheilt, daß der Kriegsminister noch keinen Anlaß gefunden hat, sich über die seit Jahresfrist errichteten Halbbataillone ungünstig zu äußern.

Die "Nord. Allg. Blg." erhält von der Burschenschaft Allemannia in Bonn die Mittheilung, daß die Einigung sämtlicher deutscher Universitäten zum Zweck einer gemeinsamen Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck nahezu beendet ist. In einer von Delegirten aller Universitäten zu besuchenden Versammlung am 15. Dezember in Berlin soll über die Form der Ehrengabe und die Art der Ueberreichung beschlossen werden.

Die Fraktion der Reichspartei hat einstimmig beschlossen für die Genehmigung der Strafverfolgung der sozialist. Abgeordneten zu stimmen.

Abg. v. Vollmar ist auf sein bair. Gut zurückgekehrt, und dort eine Kur fortzuführen und wird vor den Ferien nicht mehr zurückkehren.

Die Elsäf.-Lothringer beantragen die Einführung allgemeiner und direkter Wahlen bei dem Landesausschuß für Elsäf.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Dezember 1894.

Am Bundesratssthje: Fürst Hohenlohe, von Bötticher, Freiherr von Marschall, Graf Posadowksi, Bronhart v. Schellendorf, Freiherr v. Berlepsch, Dr. Miquel, v. Küller.

Eingegangen ist ein Schreiben des Reichskanzlers, durch welches die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Liebknecht (Soz.) und Genossen wegen Majestätsbeleidigung nachgefragt wird. (Beifall vom 6. 12. im Reichstage.) Dasselbe wird der Geschäftsausschuss-Kommission überreicht.

Eingegangen ist ferner eine Interpellation der Abg. Frhr. v. Heyl und Dr. Senn (natl.) betr. Handwerkerkammer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Richter (Vollsp.) über die Reihenfolge der vor Eröffnung der Session eingebrachten Anträge die Geschäftsausschuss-Kommission entjedigen zu lassen.

Es folgt die erste Lesung des Etat.

Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe ergreift das Wort, um zunächst zu erklären, daß es sich mit der Übernahme des Reichskanzleramts durch ihn, nicht um einen Systemwechsel handele, wie man wohl habe behaupten wollen. Die meisten Vorlagen seien ja auch schon vor langer Hand vorbereitet. Er werde in allen Punkten darin die Wege seines Vorgängers gehen. Der Reichskanzler führt weiter aus: Ich wende mich nun aber zu dem Etat. Die Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten müssen geordnet werden, damit nicht die Matrikularkräfte so wie bisher, die Überweichungen überschreiten. Das Schluß-Ergebnis des Etats beleuchtet wiederum auf das Dringendste die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform, welche die Einzelstaaten entlastet. Eine solche Reform hoffen wir, wenn auch in wesentlich beschränktem Maße zu erreichen. (Beifall rechts.) Im Zusammenhang mit unseren Finanzen steht unsere Kolonial-Verwaltung. Wenn Deutschland auf dem Weltmarkt seine Wachstumsbeweise halten will, so muß er sich neue Absatzgebiete erschließen und sichern. Die kolonialen Kräfte sind aber zugleich eine nationale und einer religiöse. National, insoweit durch sie der Einheitsgedanke gefördert wird. (Bravo.) Wirthschaft wird die Kolonialpolitik nur gefördert werden können durch eine geeignete Marine. Ich muß zugeben, daß die Gesetzgebung der letzten Jahre mehr der Industrie, als der Landwirtschaft zu gute gekommen ist. (Bravo rechts).

"Sie haben eine kräftige Ausdrucksweise, Herr Doktor, das muß man sagen", erwiderte der Graf, sich langsam erhebend. "Sie würden sich jedoch zweifellos menüieren, wenn Sie wüßten, in welchem Umfang Wohl und Wehe Ihres Patienten von mir abhängt, und wenn Sie ferner wüßten, wie sehr Sie sich diesbezüglich" — der Graf wies nach dem Zimmer, wo die Kranke lag — "irren".

"Irrthümer!" rief Fred achselzuckend, "als ob Sie für solche noch Raum gelassen hätten. Und was das Wohl und Wehe der Hohenwels betrifft, so ist beides bereits entschieden, und Sie, Herr Graf, werden weder im guten, noch im bösen Sinne etwas daran zu ändern vermögen. Wie Lieutenant Kurt von Hohenwels geendet hat, das wissen Sie so gut wie ich. Die Baronin ist, man kann so sagen, auf der Gasse gestorben. Fast zur gleichen Zeit hat eine ihrer Töchter ihren Tod im Wasser gefunden und Sie haben nun auch für den Rest gesorgt." Fred wurde durch das seltame, völlig veränderte Gebahren des Grafen am Weitersprechen gehindert. Dieser war auf ihn zugeireten und hatte seine Arme so fest mit den Händen umklammert, daß sie ihn schmerzten. Der gebrochene Mann von vorhin war nicht wiederzuerkennen. Jede Muskel in den belebten und erregten Zügen vibrierte und seine Augen hingen an den Lippen Freds, als wollten sie jedes Wort, noch ehe es ausgesprochen war, ablese.

"Sie sagen, — die Baronin — feuchte er in noch ungläubigem Jubel hervor, „die Baronin, — und eine, und deren —“

"Und deren Tochter weilen nicht mehr unter den Lebenden. Sie starben in Armut, in Elend und Verzweiflung," ergänzte Fred, indem er den Alten von sich abschüttelte.

(Fortsetzung folgt.)

Wir haben den guten Willen, die Schäden auf diesem Gebiete zu heilen. (Wiederholte Bravo.) Redner weiß ferner auf die Nutzen der beabsichtigten Regelung des Börseverkehrs hin und führt fort, daß die geplante Änderung der Strafgesetzegebung wichtig sei. Es sei nicht zu leugnen, daß das Reich wohlbehüte Bestimmungen der Landesgesetzegebung aufgehoben habe. Unsere Zeit weise mehr als jahre auf ein freundliches Zusammenspiel von staatlicher und kirchlicher Autorität. Er werde sich Mühe geben, dieses zu fördern. (Bravo.) Sein Verhalten vor 30 Jahren sei ihm vorgeworfen, aber seit der Zeit habe sich manches geändert.

Staatssekretär Graf Posadowksi erläutert eingehend den Etat. Er hebt hervor, daß das Etatjahr 1893/94 mit einem Überschuss von 14 Millionen abgeschlossen habe, während nur 4 Millionen vorausgesetzt waren. Man darf sich jedoch dadurch über die Lage der Finanzen nicht täuschen lassen. Die Mehrausgaben für Heer, Marine und die Kolonial-Abteilung seien wesentlich. Redner sieht seine ausführlichen Angaben mit dem Hinweis: Dreierlei geht aus meinen Ausführungen hervor: Wir stehen vor einer steigenden Ausgabe, vor steigenden Anforderungen an die Einzelstaaten und vor einer steigenden Schuldenlast. Da macht es uns zur doppelten Pflicht, die Finanzreform durchzuführen.

Abg. Bächlein (Chr.) drückt seine anerkennende Zustimmung aus über die religiöse Schöning, welche der Reichsfanzer in seiner früheren Thätigkeit geübt und heute wiederum versprochen habe. Redner wendet sich zum Etat. Seine Freunde und er ständen nach wie vor auf dem Standpunkte: Keine neuen Steuern, welche die wirtschaftliche Lage und Leistungsfähigkeit der Nation erschöpfen. Redner empfiehlt Sparfamkeit und empfiehlt der Budgetkommission die Parole: Bilanzierung des Etats ohne neue Steuern. Die Zolleinnahmen seien zu niedrig gegriffen. Wenn es uns hier gelänge, das Plus der Etatüberschreitung von 33 Millionen auf 10 Millionen zu reduzieren, würde dies den Finanzminister der Einzelstaaten eine geringere Bemühung zur Beschaffung verursachen und eine Tabaksteuervorlage würde dann jedenfalls nicht mehr nötig sein. Ebenso wie wir hier über Sparfamkeit bedacht sein müssen, müßte die Reichsregierung darauf bedacht sein, so große Etatüberschreitungen zu verhindern, wie sie der letzte Abschluß zeigt: 25 Millionen! Erfreutlich sei der Bericht in der Thronrede, welcher auf Wehr-Ueberweisung an die Einzelstaaten über die Matrikularkräfte hinaus verzichtet. Bei der Marine wollen wir nichts als eine ausgiebige Vertheidigung unserer Küsten. Bei dem Post- etat finden wir wieder viele kostspielige Bauten, aber — keine Aufbesserung der Unterbeamten-Gehälter! (Beifall). Mehrforderungen finden wir wieder im Kolonialatlas. Redner kritisirt unter heftigem Beifall den Fall Leist. Die Zulassung aller Orden in Afrika sei gestattet, für Deutschland sei dies nicht der Fall. Um die sozialen Gefahren zu bejahren, bedürfe es vor allem auch der Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Was die Landwirtschaft betrifft, so seien seine Freunde nicht gewillt, dem Antrage Kanti zu beitreten. Aber den Weg der Börseverordnung würden sie beitreten, der sei geeignet der Notlage der Landwirtschaft abzuholzen. Herrn von Berlepsch hoffe er noch recht lange thätig zu sehen. Durchaus zu stimmen könne er nicht freunden ferner den der Interpellation des Freiherrn von Heyl zu Grunde liegenden Absichten betr. der Handwerker- und Gewerbeleuten. Anderer positiver Ausbau nütze nichts ohne feste christliche Grundsätze. Man müsse nicht nur sagen: gib uns das Brot! sondern geben aß es dann das Brot! (Beifall).

Ein Antrag Richter (Frei. Volksp.): Ich kann mich finanziell kurz fassen, da ich alles, was vorredner über die finanzpolitische Lage gesagt hat, unterschreiben kann. Der in der Thronrede erwähnte Verzicht auf Wehrüberweisung sei um so leichter, als er sich nicht umgehen lasse. Jedenfalls sei die Lage so, daß wir neue Steuern jetzt garnicht bedürfen. Redner kämpft die Mehrausgaben für Käferbauten, welche gegen das Vorjahr 11 Millionen allein mehr betragen. Auch für die Marine seien ungewöhnlich hohe Forderungen in den Etat eingestellt. Mit der Bewilligung der geforderten ersten Rate für neue Schiffe würden wir uns für 36 Millionen neue Ausgaben engagieren. Wenn dem Reichsfanzer so hohe Ziele vorschweben, wird uns die Kolonialpolitik noch viel Geld kosten. Bis jetzt haben wir in den Kolonialgebieten noch keine neuen Abzugsgebiete geschaffen, wir setzten bisher nur die Millionen dort ab, die wir bewilligen und mit denen einige entlaufene Viehanten unterhalten werden. Der Gesammtbetrag der Zolleinnahmen ist im Etat um mindestens 16%, Mill. zu niedrig geschätzt. Redner wendet sich gegen die Tabakvorlage. — Die Kaiserlichen Dekrete, welche den Kanzlerwedel betreffen, haben die Gründe nicht enthalten, es wäre doch wichtig zu erfahren, ob wirklich ein ungeschickter Zeitungsschreiber die Ursache war. (Heiterkeit.) Das ganze Verfahren erinnere an die Überwendung der seidenen Schurz. Troß seines Entgegenkommens gegen das Centrum habe Fürst Hohenlohe von diesen nur eine höfliche Verbeugung erhalten. Die Interessen der Agrarier seien mit Sitte, Religion und Ordnung nicht vereinbar. Die Unzufriedenheit im Lande ist hauptsächlich durch die Wirtschaftspolitik Bismarcks hervorgerufen. (Widerpruch rechts.) Es ist in der Presse angeregt worden, daß Reichswahlrecht durch Beschluss der Bundesfürsten aufzuheben. Die Sache hat einen ernsten Hintergrund, denn im preußischen Staatsministerium sollen nach Zeitungsnachrichten Dinge erörtert sein, die nach den gemachten Andeutungen nur im Wege des Etatdrucks realisiert werden könnten. (Oho! rechts. Woher wissen Sie denn das?) Wir haben volles Vertrauen zu den leitenden Personen; denn in dem gegenwärtigen Vertrauen allein liegt das Heil und das Wohl des Vaterlandes! (Bravo! links.)

Ein Antrag Richter auf Verlängerung wird abgelehnt.

Abg. Richter (Frei. Volksp.): Ich kann mich finanziell kurz fassen, da ich alles, was vorredner über die finanzpolitische Lage gesagt hat, unterschreiben kann. Der in der Thronrede erwähnte Verzicht auf Wehrüberweisung sei um so leichter, als er sich nicht umgehen lasse. Jedenfalls sei die Lage so, daß wir neue Steuern jetzt garnicht bedürfen. Redner kämpft die Mehrausgaben für Käferbauten, welche gegen das Vorjahr 11 Millionen allein mehr betragen. Auch für die Marine seien ungewöhnlich hohe Forderungen in den Etat eingestellt. Mit der Bewilligung der geforderten ersten Rate für neue Schiffe würden wir uns für 36 Millionen neue Ausgaben engagieren. Wenn dem Reichsfanzer so hohe Ziele vorschweben, wird uns die Kolonialpolitik noch viel Geld kosten. Bis jetzt haben wir in den Kolonialgebieten noch keine neuen Abzugsgebiete geschaffen, wir setzten bisher nur die Millionen dort ab, die wir bewilligen und mit denen einige entlaufene Viehanten unterhalten werden. Der Gesammtbetrag der Zolleinnahmen ist im Etat um mindestens 16%, Mill. zu niedrig geschätzt. Redner wendet sich gegen die Tabakvorlage. — Die Kaiserlichen Dekrete, welche den Kanzlerwedel betreffen, haben die Gründe nicht enthalten, es wäre doch wichtig zu erfahren, ob wirklich ein ungeschickter Zeitungsschreiber die Ursache war. (Heiterkeit.) Das ganze Verfahren erinnere an die Überwendung der seidenen Schurz. Troß seines Entgegenkommens gegen das Centrum habe Fürst Hohenlohe von diesen nur eine höfliche Verbeugung erhalten. Die Interessen der Agrarier seien mit Sitte, Religion und Ordnung nicht vereinbar. Die Unzufriedenheit im Lande ist hauptsächlich durch die Wirtschaftspolitik Bismarcks hervorgerufen. (Widerpruch rechts.) Es ist in der Presse angeregt worden, daß Reichswahlrecht durch Beschluss der Bundesfürsten aufzuheben. Die Sache hat einen ernsten Hintergrund, denn im preußischen Staatsministerium sollen nach Zeitungsnachrichten Dinge erörtert sein, die nach den gemachten Andeutungen nur im Wege des Etatdrucks realisiert werden könnten. (Oho! rechts. Woher wissen Sie denn das?) Wir haben volles Vertrauen zu den leitenden Personen; denn in dem gegenwärtigen Vertrauen allein liegt das Heil und das Wohl des Vaterlandes! (Bravo! links.)

Ein Antrag Richter (Frei. Volksp.): Ich kann mich finanziell kurz fassen, da ich alles, was vorredner über die finanzpolitische Lage gesagt hat, unterschreiben kann. Der in der Thronrede erwähnte Verzicht auf Wehrüberweisung sei um so leichter, als er sich nicht umgehen lasse. Jedenfalls sei die Lage so, daß wir neue Steuern jetzt garnicht bedürfen. Redner kämpft die Mehrausgaben für Käferbauten, welche gegen das Vorjahr 11 Millionen allein mehr betragen. Auch für die Marine seien ungewöhnlich hohe Forderungen in den Etat eingestellt. Mit der Bewilligung der geforderten ersten Rate für neue Schiffe würden wir uns für 36 Millionen neue Ausgaben engagieren. Wenn dem Reichsfanzer so hohe Ziele vorschweben, wird uns die Kolonialpolitik noch viel Geld kosten. Bis jetzt haben wir in den Kolonialgebieten noch keine neuen Abzugsgebiete geschaffen, wir setzten bisher nur die Millionen dort ab, die wir bewilligen und mit denen einige entlaufene Viehanten unterhalten werden. Der Gesammtbetrag der Zolleinnahmen ist im Etat um mindestens 16%, Mill. zu niedrig geschätzt. Redner wendet sich gegen die Tabakvorlage. — Die Kaiserlichen Dekrete, welche den Kanzlerwedel betreffen, haben die Gründe nicht enthalten, es wäre doch wichtig zu erfahren, ob wirklich ein ungeschickter Zeitungsschreiber die Ursache war. (Heiterkeit.) Das ganze Verfahren erinnere an die Überwendung der seidenen Schurz. Troß seines Entgegenkommens gegen das Centrum habe Fürst Hohenlohe von diesen nur eine höfliche Verbeugung erhalten. Die Interessen der Agrarier seien mit Sitte, Religion und Ordnung nicht vereinbar. Die Unzufriedenheit im Lande ist hauptsächlich durch die Wirtschaftspolitik Bismarcks hervorgerufen. (Widerpruch rechts.) Es ist in der Presse angeregt worden, daß Reichswahlrecht durch Beschluss der Bundesfürsten aufzuheben. Die Sache hat einen ernsten Hintergrund, denn im preußischen Staatsministerium sollen nach Zeitungsnachrichten Dinge erörtert sein, die nach den gemachten Andeutungen nur im Wege des Etatdrucks realisiert werden könnten. (Oho! rechts. Woher wissen Sie denn das?) Wir haben volles Vertrauen zu den leitenden Personen; denn in dem gegenwärtigen Vertrauen allein liegt das Heil und das Wohl des Vaterlandes! (Bravo! links.)

Weitere Verathung morgen Mittag 12 Uhr. Schlüß 5 Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die erfolgte Sanction der Kirchengesetze erregte in ganz Ungarn großen Jubel; aus allen Städten treffen diesbezügliche Meldungen ein. Gestern Abend hielt die liberale Partei eine Konferenz ab, in welcher eine Tanzeskundgebung für den Monarchen beschlossen wurde. Donnerstag ist großer Fasching, wozu die gesamte hauptstädtische Bürgerschaft geladen werden wird. Die radikale Partei beschließt eine Gegendemonstration. — Das Ministerium Wedekind hat am Dienstag im ungarischen Reichstage ein Vertrauensvotum erhalten, wird aber doch Ende der Woche dem Kaiser seine Demission geben. Es wird dann die Neubildung des Kabinetts unternommen werden, bei der den jüdischen Minister das Feld räumen werden. — In Kajdau streiten die Stadtpolizisten und der Pöbel benützte die Gelegenheit zu allerlei recht groben Ausschreitungen. Polizei stellte am Ende die Ruhe wieder her.

Rußland.

Die städtischen Polizisten streifen, weil ein Theil derselben wegen Unregelmäßigkeiten entlassen wurde. Die Leibigenen wolten sich dies zu Nutzen machen und fingen an zu plündern, wurden jedoch von achtzig Gendarmen, welche den Polizeidienst übernommen, verhaftet. — Mehrere jüdische Familien aus Galizien und Deutschland wurde auf ihr direktes Gefüch vom Jaren der Aufenthalt in Warschau für unbestimte Zeit gestattet.

Der Generalgouverneur Gurko wies bisher derartige Gesuche ablehnt. — Der Kammerpräsident und jetzt von Giolitti die betreffenden Dokumente zugestellt worden. — Die Annahme der neuen Steuervorschläge der Regierung erhebt in der Kammer als gefährdet. Gern heißt sie zwar nicht in den sauren Apfel, aber die Großmachstellung Italiens läßt doch keinen Staatsbankrott zu. Dann wäre alles Vertrauen verloren. — Fürstprimas Vasvary verhandelt gestern Einladungen zu einer in nächster Woche stattfindenden Bischofskonferenz. Der Zweck derselben wird sein, die Kampfesweise gegen die sanktionierten Kirchengesetze zu formulieren.

Italien.

Dem Kammerpräsidenten und jetzt von Giolitti die betreffenden Dokumente zugestellt worden. — Die Annahme der neuen Steuervorschläge der Regierung erhebt in der Kammer als gefährdet. Gern heißt sie zwar nicht in den sauren Apfel, aber die Großmachstellung Italiens läßt doch keinen Staatsbankrott zu. Dann wäre alles Vertrauen verloren. — Fürstprimas Vasvary verhandelt gestern Einladungen zu einer in nächster Woche stattfindenden Bischofskonferenz. Der Zweck derselben wird sein, die Kampfesweise gegen die sanktionierten Kirchengesetze zu formulieren.

Frankreich.

Der berühmte Gelehrte Pasteur, der Entdecker des Impfversahrens gegen die Tollwut, ist gestorben. — Fast alle Blätter tadeln Emile Zola, weil derselbe wie ein Barnum für sich in Italien Reklame gemacht. Gestern wohnte derselbe einem Banket bei, und hielt eine lange Rede, in welcher er den Italienern viele Schmeicheleien sagte.

Italien.

Europäische Nachrichten aus Italien melden ebenfalls, daß die Japaner sich zum Angriff auf Peking vorbereiten. Die Chinesen wollen das in ihrem Dünkel zwar noch immer nicht ganz für wahr halten, werden aber bald mit der Rache darauf geflohen werden. — Wie aus Shanghai berichtet wird, ist dort das Gerücht verbreitet, die Japaner bestehen, bevor sie sich auf Friedensunterhandlungen einzulassen, darauf, daß ihnen alle chinesischen Beamten, welche auf die Köpfe von Japaner Belohnungen ausgeföhrt haben, zur Hinrichtung ausgeliefert werden. — Die Bestätigung dieser netten Friedensbedingungen bleiben wohl abzuwarten.

Provinzial-Nachrichten.

— Dt. Eylau, 10. Dezember. Mit großer Freiheit ist in der verlorenen Nacht in dem eine Meile von hier entfernten Dorfe Raudnitz ein Einbruch verübt worden, der wegen der damit verbundenen Blutbataille hier großer Aufregung verursacht. Der räuberische Ueberfall galt der längjährigen Pächterin des Raudnitzer Gathauses, der verwitweten Frau Fischer. Die Einbrecher stiegen vom Garten aus in das zu ebener Erde gelegene Schlafzimmer der Frau Fischer, in welchem sich ein eiserner Geldschrank befindet. Von dem Geräusch erwachte wahrscheinlich Frau F., wurde nun von den Ein

leiten unternommene Besteigung des Groß Voessler, eines 3200 Meter hohen Berges in den Zillerthaler Alpen, der erst seit der Anlegung der Greizer Schuhhütte zugänglich geworden ist, und dem Wanderer eigenartige Schönheiten erschließt.

+ Westpreußischer Fischerei-Verein. Im kleinen Saale des Landeshauses in Danzig fand gestern Nachmittag eine Vorstandssitzung des westpreußischen Fischerei-Vereins statt. Nach mehreren geschäftlichen Mittheilungen des Vorsitzenden Herrn Regierungsrath Delbrück und des Geschäftsführers Herrn Dr. Seligo wurde der Stat pro 1895 berathen, worüber der Schatzmeister Herr Consul Gibone referierte. Herr Corvetten-Kapitän Darmer erstattete hierauf den Revisionsbericht über die Jahresrechnungen pro 1892/93 und 1893/94, die der demnächst anzuberuhmenden Generalversammlung zur Dechargeertheilung vorgelegt werden sollen. Über die Vermehrung der Modellsammlung referierten alsdann die Herrn Dr. Seligo und Hafenbauinspektor Wilhelms, worauf Herr Corvetten-Kapitän Darmer einen Vortrag über die Beförderung von Sturmwinden an unserer Küste hielt, der mit einem auf diese Materie bezüglichen Antrag schloß. Schließlich wurde noch die Tagesordnung für die nächste General-Versammlung, die vorläufig für den 8. Januar f. J. in Aussicht genommen ist, festgesetzt.

≠ Ausstellung sogenannter Miethe. Der Herr Regierungspräsident macht auf die Befolgung der für den Umgang der ganzen Provinz Westpreußen geltenden Verordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 13. Juni 1890 aufmerksam, laut welcher Getreide-, Heu-, Stroh- und Stoppel-Miethe (Diemen, Staken, auch Schober genannt) nur in bestimmten Entfernung von Gebäuden und von einander aufgestellt werden dürfen. Diese Entfernung müssen betragen von Gebäuden, welche mit Feuerung versehen, aber nicht feuerficher eingedeckt sind, mindestens 20, von feuerfischer eingedeckten, mit einer Feuerung versehenen Gebäuden mindestens 12 und von feuerfischer eingedeckten, nicht mit einer Feuerung versehenen Gebäuden, sowie von einander mindestens 5 Meter. Nur mit ausdrücklicher ortspolizeilicher Genehmigung, welche jedes Mal vorher einzuhören ist, darf die Aufstellung in besonderen, durch die Dertlichkeit bedingten Fällen in größerer Nähe von Gebäuden oder von einander erfolgen. Zu widerhandlungen haben die Beseitigung der Miethe im Zwangsweg, sowie Geldstrafe bis zu 30 Mark zur Folge.

Das Reichspostamt veröffentlicht eine Bekanntmachung betr. die Einziehung der gestempelten Briefumschläge und Streifbänder. Sie lautet: „Die noch in Händen des Publikums befindlichen gestempelten Briefumschläge und gestempelten Streifbänder, welche seit dem 10. Dezember 1890 von den Verkehrsanstalten nicht mehr verauft worden sind, haben seit dem 1. Juli 1894 ihre Gültigkeit verloren und dürfen zur Frankirung von Postsendungen nicht mehr benutzt werden. Dem Publikum ist indejen ge stattet, die noch nicht verwendeten derartigen Zeichen bis spätestens Ende Dezember 1894 nach dem Nennwert des Stempels gegen Dreimarken zu 10 oder 3 Pfennig bei gleichzeitigem Rückempfang des Beitrages der Herstellungskosten von 1 Pf. für den Briefumschlag und 1 Pf. für je zwei Streifbänder umzutauschen. Für einzelne Streifbänder können Herstellungskosten nicht vergütet werden. Die Posthilfsstellen und die amtlichen Verkaufsstellen für Postwertzeichen haben mit dem Umtausch keine Befassung. Postsendungen, welche etwa jetzt noch in Briefumschlägen oder Streifbändern der gedachten Art ohne anderweitige Frankirung zur Auslieferung gelangen, werden den Absendern unter Hinweis auf die Ungültigkeit der verwendeten Wertzeichen zurückgegeben, oder wenn dies nicht ohne weiteres thunlich ist, als unfrankiert behandelt.“

+ In den für die Verzollung maßgebenden Taräthen hat der Finanzminister in einem Erlass an die Prov.-Steuerdirektion soeben folgende Änderungen vom 1. Januar 1895 ab angeordnet: 1) Polster und gefülltes Glas in Fässern und Kisten 40 Prozent (bisher 0); 2) desgl. in Körben 13 Prozent; 3) Einfach zubereitetes Fleisch von Vieh in hermetisch verschlossenen Blechgefäßen in Kisten aus weichem Holz im Bruttogewicht unter 45 kg 14 Prozent (bisher 16 Prozent); 4) desgl. ebenso verpackt im Bruttogewicht über 45 kg 18 Prozent (bisher 16 Prozent); 5) Fleischgekraut in Fässern, Gläsern oder Krügen in Kisten 31 Prozent (bisher 24 Prozent); 6) desgl. in Blechumschließungen verpackt in Kisten im Bruttogewicht von 60 kg und darunter 18 Prozent (bisher 24); 7) desgl. in Kisten über 60 kg 11 Prozent (bisher 24); 8) Ungeräucherter, gefälzter bzw. voracirter Schweinefleisch in Kisten 13 Prozent (bisher 16); 9) Kaviar und Kaviar surrogate in Fässern im Bruttogewicht über 5 kg 16 Prozent (bisher 20); 10) Oleomargarin in Fässern aus Eichenholz mit mindestens zwei Eisenreifen und zwölf Holzreifen im Bruttogewicht von 180 kg und darüber 17 Prozent (bisher 13).

Schwurgericht. In der zweiten gestrigen Sache standen die Arbeiterfrau Marianna Chłodowska und die Brittfrau Anna Rogacka aus Wroclaw unter der Anklage des wissenschaftlichen Meineides, bezw. der Anstiftung dazu. Der Angeklagte unterliegt nachstehender Sachverhalt. Im Jahre 1893 stellte der Bauunternehmer J. Dombrowski aus Wroclaw gegen den Besitzer Franz Murawski daher wegen Beleidigung, weil Letzterer im Balcerowicz'schen Krug zu Wroclaw am 9. Februar 1893, dem sog. letzten Donnerstag gesagt haben sollte, daß Dombrowski mehrfach Meineide gezeigt habe. Zum Erweise seiner Behauptung berief sich Dombrowski auf das Zeugnis des Breitfleiderers Rogacki in Wroclaw, der denn auch die in sein Wissen gestellten Behauptungen eindlich bestätigte. Da andere Zeugen entgegen der Aussage des Rogacki befunden, daß Murawski die beleidigende Auseinandersetzung am sog. letzten Donnerstag des Jahres 1893 in Wroclaw nicht gemacht haben könne, weil er an diesem Tage in Strasburg gewesen sei, wurde gegen Rogacki das Verfahren wegen Meineides eingeleitet, das

in der Schwurgerichtssitzung am 1. Oktober er. mit seiner Verurtheilung zu 3 Jahren Zuchthaus endigte. In dem Meineidsprozeß gegen Rogacki trat die heute angeklagte Chłodowska als Entlastungszeugin für Rogacki ein und beschwore ihrerseits, daß sie den Besitzer Franz Murawski am 9. Februar 1893, dem sog. letzten Donnerstag in dem Balcerowicz'schen Krug zu Wroclaw gesessen habe. Die Chłodowska gab dieses Zeugnis ab und blieb bei demselben stehen, obgleich sie darauf aufmerksam gemacht war, daß bereits anderweitig nachgewiesen sei, Murawski habe sich an dem sog. letzten Donnerstag des vorigen Jahres in Strasburg aufgehalten und könne demnach nicht in Wroclaw gewesen sein. Die Anklagebehörde behauptet, daß auch die Chłodowska einen Meineid geleistet habe und daß sie zu demselben von der Chefin des Rogacki angelüstet sei. Die Chłodowska gab heute die Unrichtigkeit ihrer ehrlichen Aussage zu und behauptet, daß die Mitangesetzte Rogacka sie verschiedentlich zur Abgabe eines falschen Zeugnisses zu bestimmen versucht habe; sie habe anfänglich ihrem Ansuchen nicht nachkommen wollen, späterhin sie demselber doch entsprochen. Die Angeklagte Rogacka bestreitet die Chłodowska zum Meineide verleitet zu haben. Die Geschworenen hielten die Chłodowska durch die Beweisaufnahme des wissenschaftlichen Meineides, die Rogacka der Verleitung zum Falschtheide überführt. Ihrem Spruch gemäß wurden die Chłodowska zu 1 Jahr 6 Mon. Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren, sowie zur dauernden Unfähigkeit als Zeugin oder Sachverständige eidlich vernommen zu werden, die Rogacka zu 1 Jahr Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 1 Jahr verurtheilt.

— In der heutigen Sitzung, mit welcher die diesmalige Periode ihren Abschluß nahm, führte den Vorwitz Herr Landgerichtsrath Graumann. Als Beisitzer fungierten die Herren Landgerichtsrath Martell und Landrichter Bischoff. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Gerichtsassessor Bahr. Als legte wurde heute die Strafsache gegen den Mustus Konstantin Michalski aus Hartowiz wegen Meineides und gegen den Besitzer und Gemeindevorsteher Andreas Rogowski aus Hartowiz wegen Anstiftung zu Meineide verhandelt. Die Anklage stützt sich auf nachstehenden Sachverhalt: Der Angeklagte Rogowski und der Besitzer Adam Sitorksi aus Hartowiz sind Grenznachbar. Sie leben beide seit Jahren in Feindschaft und wird dieses Feindseligkeitsverhältniß hauptsächlich durch Grenzstreitigkeiten unterhalten. Im Herbst 1891 fand wieder einmal zwischen dem Sohne des Sitorksi und dem Angeklagten Rogowski ein Streit statt, in dessen Verlauf der Besitzerjahn Sitorksi den Rogowski beleidigte, indem er letzteren beschuldigte, Dorf gestohlen zu haben. Rogowski strengte daraufhin die Privatschlacht gegen Sitorksi jun. an, während letzterer den Rogowski des Diebstahls an Dorf denunzierte. In dem gegen Rogowski wegen Diebstahls eingeleiteten Strafverfahren wurde Sitorksi jun. eidlich als Zeuge vernommen. Er bestand als solcher, daß er beobachtet habe, daß Rogowski im Sommer 1891 mehrfach Dorf auf sein Gehöft gesfahren habe. Am 14. Juli 1891 hätte er wahrgenommen, daß Rogowski den Dorf aus dem Kattlauschen Torfbrech geholt habe. Diesem Zeugnis entgegen befand der Angeklagte Michalski als Entlastungszeuge eidlich, daß er sich während des ganzen Sommers 1891 bei dem Angeklagten Rogowski in dessen Diensten befunden habe. Auf dem Gehöft des Rogowski habe sich sein Dorf befunden, es sei solcher erst im Oktober 1891 angeschafft worden. Wenn sich Dorf auf dem Gehöft des Rogowski befunden hätte, so hätte er ihn doch sehen müssen, da er täglich auf dem Gehöft verkehrt habe. Auf Grund dieser Aussage wurde Rogowski von der Anklage des Diebstahls freigesprochen. Demnächst wurde das Strafverfahren gegen Sitorksi jun. wegen Meineides anhängig gemacht und in diesem Prozeß der Michalski nochmals eidlich als Zeuge vernommen. Auch in diesem Verfahren gab er sein Zeugnis so ab, wie in der Strafsache gegen Rogowski: Nunmehr behauptet die Anklagebehörde, daß die Aussagen der Michalski erdacht und wider besseres Wissen abgegeben seien und daß Angeklagter Rogowski den Michalski zur Abgabe dieser falschen Zeugnisse angestiftet habe. Die Angeklagten wollen beide unschuldig sein.

* Schwetzerfuhr. Aus Österreich wurden heute über Ratibor 42 Schweine ein- und hier zugeführt.
** Zugelaufen ein kleiner schwarz-weißer Hund Seglerstraße 13.
** Gefunden. Ein Tauchentuch gez. H. J. auf der Altstadt. Ferner ein Quittungs- und Aufrechnungsbuch auf den Namen Victor Maczkiewicz. Näheres im Polizei-Sekretariat.
** Polizeibericht. Arrestirt wurden 3 Personen.

) Von der Weichsel. Der Wasserstand beträgt heute 0,28 Meter über Null. Das Wasser fällt jetzt stärker.

○ Morder, den 11. Dezember. Die heutige Sitzung der Gemeindevertretung, behufs Beschlusshaltung über die Gestaltung des Gemeindeabgabenwesens auf Grund des Gesetzes vom 14. Juni 1893, für die Zeit vom 1. April 1895 ab, war stark besucht. Den Vorwitz führte Herr Hellmich. Nachdem die Versammlung von den Bischlägen, der in der letzten Sitzung zur Frage der Erhebung indirekter Steuern gewählten Kommission Kenntnis genommen hatte, wurde beschlossen: 1. Die Hundesteuer von 3 auf 6 Mark pro Jahr zu erhöhen. 2. Die Weitererhebung der Lustbarkeitssteuer unter geringfügiger Erhöhung. 3. Bei Grundstückserlösen $\frac{1}{2}\%$ des Kaufpreises als Kommunalabgabe zu erheben. 4. Desgleichen für Erhebung des Konzessions zu Neubauten $\frac{1}{2}\%$, dagegen zum Wiederaufbau abgebrannter Gebäude, sobald keine Renditerümer der bisherigen Dimensionen stattfinden, sowie bei Reparaturbauten $\frac{1}{2}\%$ der Baumsumme. Die Anlage von Brunnen, Bäumen pp. bleibt steuerfrei. Der Minimalbetrag für Erhebung der vorbezeichneten Konzesse beträgt 1 Mt., Markbrüche werden auf 50 Pf. nach oben abgerundet. 5. Für die Erhebung von Grenzlegitimationscheinern soll eine Gebühr von 30 Pf. pro Stück erhoben werden. Die beigleichen Ortsstatuten für diese Kommunalabgaben unterliegen nach Renditerümer, bezw. Neuauflistung besonderer Beschlusshaltung. Ferner wurde der Gemeindevertretung mitgetheilt, daß infolge Wegfalls der lex Huene eine Erhöhung der Kreissteuern in Aussicht steht und daher eine Erhöhung des Gemeindehaushaltsets pro 1895/96 von 45 000 auf 48 000 M. nicht zu umgehen sein wird. Die Einnahmen aus den indirekten Steuern sowie aus dem Grundvermögen der Gemeinde Morder sind auf 4000 Mark veranschlagt, sodass 44000 Mt. zur Umlage kommen müssen. Es sollen daher im nächsten Etatsjahr zur Erhebung gelangen: Bushläge zur Einkommen-Grunde und Gebäudesteuer 240%, statt 250% im laufenden Jahre, Gewerbesteuer 200%, und Betriebssteuer 100%. Da der Zuschlag

zur Einkommensteuer für gewöhnlich 200% nicht übersteigen soll, ist die Einholung der ministeriellen Genehmigung erforderlich.

+ Podgorz, 12. Dezember. Bei der heutigen Ergänzungswahl der Gemeindevertreter wurde in der dritten Abteilung Herr Dr. Horst und in der ersten Herr Unternehmer Wykrzykowsky gewählt. Es erhielten in der dritten Dr. Horst 26 und Unternehmer Wykrzykowsky 21 Stimmen. In der ersten Abteilung wählten im ersten Wahlange 4 für Rajalski, 4 Wykrzykowsky und 1 Prochnow. In der Stichwahl wurden 8 Stimmen abgegeben, 4 für R. und 4 für W. daraus folgte Entscheidung durchs Los, das sich für W. entschied. Es war also ein harter Wahlkampf. Bedauerlich ist es, daß R., der viele Jahre seine Kräfte der Gemeinde geopfert hat, durch Schicksals Tüte einem Herrn hat weichen müssen, der sich im kommunalen Leben bisher sehr wenig hervorgethan hat.

Telegraphische Depeschen

des „Hirsch-Bureau.“

Berlin, 11. Dezember. Die letzte Nummer des anarchistischen Blattes „Der Sozialist“ ist konfisziert worden. Der Redakteur des Blattes, Petersdorf wurde verhaftet.

Paris, 11. Dezember. Der gestern aus Belgrad zurückgekehrte Exkönig Milan erklärte in einem Interview, er werde nicht nach Serbien zurückkehren, da seine Anwesenheit dort nicht mehr nötig sei. Alle Gerüchte von der eventuellen Abdankung seines Sohnes seien erfunden.

Belgrad, 11. Dezember. Im königlichen Jagdschlosse Lobschidor brach gestern Feuer aus, welches die Reliquien der Fürsten Miloš und Michael zu vernichten drohte. Das Feuer wurde bald gelöscht.

Für die Redaktion verantwortlich i. V.: M. Lambeck, Thorn.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn.

Wasserstand am 12. Dezember 1894:

um 8 Uhr Morgens über Null 0,28 Meter.

Aufstiegstemperatur: -3 Grad Celsius.

Barometerstand: 28 Zoll 3 Strich.

Bewölkung: trübe.

Windrichtung: Südost, schwach.

Wasserstände der Weichsel und Brahe.

Morgens 8 Uhr

Weichsel: Thorn, den 12. Dezember 0,28 über Null
" Warschau den 5. Dezember 0,79 " "
" Brahemünde den 11. Dezember 2,56 " "

Brahe: Bromberg den 11. Dezember 5,30 " "

Handelsnachrichten.

Thorn, 11. Dezember.

Wetter trübe.

(Alles pro 1000 Kilo per Bahn.)

Weizen bei kleinem Angebot niedriger 120 pfd. 125 Mt. 126 pfd. hell 125 Mt. 131 pfd. 127 Mt.

Roggen fast ohne Angebot niedriger 123 pfd. 106 Mt. 124 pfd. 107 Mt.

Grieß nur seine Qualität begeht 120/5 Mt. feinst über Notiz.

Mitteln. 100/8 Mt.

Erbsen Mitteln. 108/12 Mt. Futterw. 100 Mt.

Hafer gute Qualität 101/5 Mt. andere schwer verkauflich.

Telegraphische Schlusscourse.

Berlin, den 12. Dezember.

Tendenz der Fondsbörse:	ruhig.	12. 12. 94.	11. 12. 94.
Russische Banknoten p. Cassa.	221,45	221,20	
Wechsel auf Warschau kurz.	220,50	220,50	
Preußische 3 proc. Consols.	95,10	95,30	
Preußische 3½ proc. Consols.	104,20	104,20	
Preußische 4 proc. Consols.	105,60	105,60	
Polnische Pfandbriefe 4½ proc.	68,25	68,30	
Polnische Liquidationspfandbriefe.	—	—	
Westpreußische 3½ proc. Pfandbriefe.	101,40	101,50	
Disconto Commandit Anteile.	206,50	206,60	
Oesterreichische Banknoten.	163,95	164,—	
Beizen:	135,50	134,50	
Mai.	140,25	139,—	
loc. in New-York.	63,—	62,75	
Roggen:	115,—	115,—	
Dezember.	115,50	115,50	
Mai.	119,50	118,75	
Juni.	120,50	119,50	
Nübel:	43,20	43,20	
Dezember.	44,10	44,10	
Mai.	52,30	52,30	
Spiritus:	70er loco.	32,50	32,50
70er loco.	36,90	37,10	
70er Dezember.	38,20	38,50	
70er Mai.			
Reichsbank-Discont 3 p.Ct. — Lombard-Binsfuß resp. 4½ p.Ct.			

Julius Hell,

Bilderrahmen-Fabrik.

Brückenstr. Nr. 34, im Hause des Herrn Buchmann,
empfiehlt sein großes Lager in
gerahmten Bildern,
Dasselbe werden Bilder geschmackvoll und in sauberster Ausführung baldigst eingerahmt.

Destillen Zwangsversteigerung.

Freitag, den 14. Dezember er.

Nachmittags 2 Uhr werde ich bei dem Bauunternehmer

Franz Stefani in Morder

Hugo Zittlau

THORN

3 Altstädt. Markt 3

empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfest sein großes Lager in

Hänge-, Wand- und Tisch-Lampen.

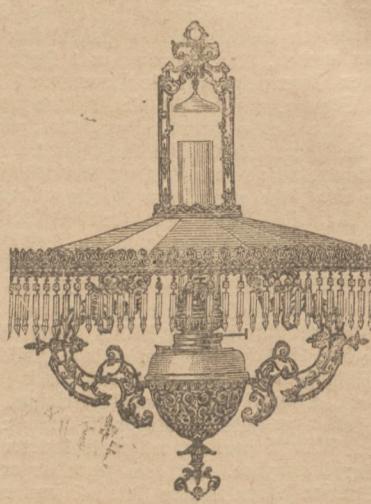
AMPELN.

(In verschiedenen Mustern.)



Ueberraschende Neuheiten in Metallwaren, als: Kränze, Blumen, Blattipflanzen etc.

Größte Auswahl in Haus-, Küchengeräthen und Glaswaren.



Christbaum-Schmuck in Glass und Zinn, Lametta etc.



Breitestrasse 46, 1 Treppe

befindet sich unsere

Weihnachts-Ausstellung

Parfümerien und Toilette-Seifen

aus den ersten Fabriken:

EAU DE COLOGNE, Johann Maria Farina,

gegenüber dem Jülichsplatz, Köln. Eau de Cologne 4711.

Geschmackvolle Cartonagen etc. mit feinen Parfüms u. Seifen gefüllt, zu Geschenken sehr passend.

Christbaumschmuck,

weißen und bunten Wachbaumlichten, Wachsstock gelb und weiß.

Decorirte Renaissance-Kerzen, Stearinkerzen, Malkästen zur Ölmalerei

Englische Metallteller mit abgetönten Untergrund zum bemalen.

Photographische Apparate nebst sämtlichen Zubehör.

Brückenstr. 18. Anders & Co. Breitestr. 46.

Kruse & Carstensen

Schlossstr. 14
vis-à-vis dem Schützenhaus.

Atelier für Photographie

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste Platinotypien

empfiehlt die so beliebten

sowie Vergrößerungen auf Bromsilberpapier

in sauberer und tadelloser Ausführung.

4918] Unvergängliche Bilder.

Beste österreichische Steinkohlen

in ganzen Wagenladungen, wie jedem beliebigen kleineren Quantum ab Lager und frei ins Haus offeriren preiswertlich

Gebr. Pichert,
Schloßstraße 7.

Sämtliche Korbmacherarbeiten werden sauber und billig zu jeder Zeit ausgeführt. Reparaturen schnell und billig.

Ogrodowicz, Korbmachermeister.
Heiligegeiststraße 17.

Ein fl. m. Zim. ist vom 15. Dezbr. bill. zu verm. Paulinerstr. 2, 1 Dr. n. v.

11000 Weihnachtstauben in schöner Ware 1 bis 4 Meter hoch, offerirt

M. Templin, Lissomitz-Thorn.

Kronen-Hummern in Büchsen,

französische Sardinen, neu eingetroffen.

J. G. Adolph.

Einige gute evangelische Bücher, zu Weihnachtsgeschenken besonders geeignet, stehen billig zum Verkauf bei dem

Küster der St. Georgen-Gemeinde Neustadt. Markt, neben der Königlichen Kommandantur.

(4858)

Zeichnungen

jeder Art auf Plüsch, Sammet, Seide, sowie andere Stoffe werden gut, sauber und billig ausgeführt. — Auch jede Stickerei wird angefertigt von

Frau Anna Rohdies, Moker, Thornerstr. 20.

Bei Walter Lambeck Menu- u. Tischkarten Gratulations- u. Neujahrskarten, Papierkassetten, einfache und hohelegante.

Ein geb. junges Mädchen sucht Stellung als Kassirerin.

Gefl. Off. Nr. 100 Mogilno, postl.

J. Klar

Elisabethstr. 15

Weihnachts-Answerkau.

Ich empfehle von jetzt bis Weihnachten

Fertige

Herren-, Damen-, Kinder-Wäsche

Bett- und Tisch-Wäsche

Gardinen, Teppiche, Portières

Tischdecken, Bettdecken Läuferstoffe

Tricotagen, Cravatten, Taschentücher

Schürzen, Röcke

zu bedeutend billigeren Preisen wie bisher.

Richters Anker-Steinbaufästen

stehen nach wie vor unerreicht da; sie sind das beliebteste Weihnachtsgeschenk für Kinder über drei Jahre. Sie sind billiger, wie jedes andre Geschenk, weil sie viele Jahre halten und sogar nach längerer Zeit noch ergänzt und vergrößert werden können. Die echten



Anker-Steinbaufästen

sind das einzige Spiel, das in allen Ländern ungeteilt von gefunden hat, und das von allen, die es kennen, als Überzeugung weiter empfohlen wird. Wer dieses einzig in seiner Art dastehende Spiel- und Beschäftigungsmittel noch nicht kennt, der lasse sich von der unterzeichneten Firma eignen, die neue reich illustrierte Preisliste kommen, und teile die darin abgedruckten günstigen Gutachten. — Beim Einkauf verlange man gefälligst ausdrücklich: Richters Anker-Steinbaufästen und weise jeden Kästen ohne die Fabrikmarke Anker scharf als unrecht zurück; wer dies untersetzt, kann leicht eine minderwertige Nachahmung erhalten. Man beachte, daß nur die echten Anker-Steinbaufästen planmäßig ergänzt werden können und daß eine aus Versehen gekaufte Nachahmung als Ergänzung völlig wertlos sein würde. Darum nehme man nur die berühmten echten Kästen, die zum Preise von 1 Mt., 2 Mt., 3 Mt., 5 Mt. und höher vorräufig sind in allen feineren Spielwaren-Geschäften des In- und Auslandes.

Neu! Richters Geduldsspiele: Nicht zu higig, Et. des Columbus, Blitzeleiter, Zornbrecher, Grünleiter, Kreisrätsel usw. Preis 50 Pf. Nur echt mit Anker!

E. Ad. Richter & Cie., f. u. f. Hoflieferanten
Rudolstadt (Thüringen), Nürnberg, Königsberg, Wien, Prag, Rotterdam, Olten, London E.C., New-York, 17 Warren-Street.

Bestellungen auf Oderkarpen

erbittet bis zum 19. (5030)

J. G. Adolph

Krieger-Verein

1870

W. Verein

(5033)

Thorn.

Sonnabend, den 15. d. Mts.

Abends 7 Uhr

Generalversammlung

bei Nicolai.

Vorher: Vorstandssitzung.

Tagessordnung:

Wahl des Vorstandes pro 1895.

Der Vorstand.

4988)

Turn-Verein.

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)

4988)